



Nicaraguas Regime schlägt zurück

Nachdem Polizisten und paramilitärische Gruppen die Straßenbarrikaden der Regierungskritiker räumten, werden Oppositionelle jetzt verhaftet und terrorisiert

Aus Managua **Wolf-Dieter Vogel**

W er in diesen Tagen in Nicaraguas Hauptstadt Oppositionelle treffen will, verbringt viel Zeit in Cafés, Hinterzimmern und Einkaufszentren. Kaum jemand lebt zu Hause, viele wollen sich nicht öffentlich zeigen, die großen Universitäten sind geschlossen. Doch dieses Mal ist das Warten umsonst. „Ich kann aus Sicherheitsgründen nicht kommen“, schreibt Edwin, den alle als „El Sombbrero“ kennen. „Ein Auto mit zwei seltsamen Personen verfolgt mich.“

Es ist der 22. August. Im Zentrum Managuas sind Anhänger der regierenden Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) auf den Straßen. Mit schwarz-roten Fahnen ziehen sie durch die Innenstadt. Präsident Daniel Ortega hat zur Kundgebung zum 40. Jahrestag des Sieges der Sandinisten aufgerufen. Ein gefährlicher Moment für einen bekannten Studenten wie Edwin.

Vom Podium ruft Ortega, „vergiftete Seelen“ hätten einen bewaffneten Aufstand gegen das Volk organisiert. Die Botschaft kommt an: „Mörder, Mörder“, brüllen die Anhänger des Präsidenten. Kurz zuvor hat Ortegas Frau, Vizepräsidentin und Kommunikationschefin Rosario Murillo, im Regierungssender Canal 4 von „Perversen“, „Bösartigen“ und „Neidischen“ gesprochen, die Nicaragua zerstören wollten: „Sie haben es nicht geschafft, und sie werden es nicht schaffen. Das können wir ganz sicher ausschließen, weil es nicht Gottes Wille ist.“ Dann verliert sie religiöse Parolen.

Nicaraguas Regime rächt sich. Ende Juli räumten Polizisten und paramilitärische Gruppen die letzten Barrikaden und drängten damit einen vier Monate dauernden Protest von Studenten, Bauernorganisationen, Feministinnen und anderen Regierungskritikern von den Stra-

ßen Nicaraguas zurück. Dieser hatte sich zunächst gegen die Sozialreformen der Regierung, insbesondere gegen die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, gerichtet. Seither vergeht kein Tag, an dem nicht Oppositionelle verhaftet und terrorisiert werden. Ständig verlassen Menschen das Land, weil sie sich ihres Lebens nicht mehr sicher sind: Kirchenvertreter und Politikerinnen, studentische Aktivisten oder deren Angehörige. Mehrere Zehntausend Menschen sind auf der Flucht.

Vergangene Woche flüchtete der Pfarrer César Augusto Gutiérrez, um, wie er sagte, der „Operación Limpieza“, der „Operation Säuberung“, zu entgehen. Dem Geistlichen, der im rebellischen Stadtteil Monimbó von Masaya tätig war, wirft die Regierung Terrorfinanzierung vor. „Total absurd“, sagt Gutiérrez, dessen Kirche in diesen Tagen einen verwaisten Eindruck macht. Seit Paramilitärs die Kontrolle in dem Viertel übernommen haben, sind die Einwohner vorsichtig geworden. Als die Barrikaden noch standen, sei es hier sicherer gewesen, erklärt eine junge Frau, die auf der Straße Maisfladen verkauft. „Doch jetzt patrouillieren die da“, sagt sie und wirft einen vorsichtigen Blick auf einen Pick-up mit drei Männern. „Die Regierung zahlt ihnen 10.000 Cordobas im Monat.“ 300 Euro, um die Bevölkerung zu terrorisieren.

Von 1.000 illegalen Festnahmen und einer „Menschenjagd“ spricht Vilma Nuñez von der Menschenrechtsorganisation CENIDH. Maskierte Paramilitärs, „freiwillige Polizisten“ genannt, und Uniformierte dringen in Wohnungen ein und verschleppen Leute. Einem festgenommenen 14-jährigen ritzten die Polizisten vergangene Woche die Buchstaben FSLN mit einem Messer in den Arm.

Einige sind bis heute verschwunden, andere sitzen in Haft. Rechtsanwalt Carlos Cár-

denas Zepeda zum Beispiel beriet die katholischen Bischöfe während des inzwischen ausgesetzten „Nationalen Dialogs“ zwischen Opposition und Regierung. Vergangene Woche holten ihn Vermummte aus seiner Wohnung. „Sie zerrten ihn vor den Augen seiner zehnjährigen Tochter aus dem Haus“, berichtet sein Kollege Francisco Ortega, der sich um den Fall kümmert. Zwei Tage lang suchte er nach Zepeda. Dann machte er den Juristen im „El Chipote“ ausfindig – jenem Gefängnis von Managua, in dem mehrere Studentinnen gefoltert wurden.

Vergeblich versuchte der Anwalt zu erreichen, dass Zepedas Frau ihren Mann besuchen kann. Das nötige Dokument hat er eingereicht. „Aber hier kümmert sich niemand um

„Am Anfang verteidigten wir uns mit unseren Kugelschreibern“

Iskra Malespín, Studentin und Aktivistin

das Recht“, sagt er, während er mit ihr vor dem blauen Gittertor des Gefängnisses steht. Am Zaun des „Chipote“ hat die Regierung die Bilder von Polizisten aufhängen lassen, die während der Unruhen gestorben sind. Neben den Fahnen der FSLN haben sich angebliche Angehörige der Beamten versammelt, die ein scharfes Vorgehen gegen die „Terroristen“ fordern. „Das sind bezahlte Leute der Sandinisten, ich kenne einige von ihnen“, erklärt der Anwalt.

Der 55-Jährige kommt in diesen Tagen nie zur Ruhe. Ständig klingelt sein Handy, oft geht es darum, Verschleppte ausfindig zu machen. Dabei kümmert er sich schon jetzt um acht Familien, deren Söhne während der Proteste erschossen wurden. Wie viele seiner Generation hat er einst in der FSLN gekämpft

– damals, als es gegen Somoza und die Contras ging. Dreimal wurde er verwundet, er geht am Stock und trägt eine Beinprothese. „Ich bin immer noch Sandinist“, sagt er. „Nur kein Orteguit.“ Seine ehemaligen Genossen werfen ihm vor, von der CIA finanziert zu werden, weil er „die Terroristen“ verteidige. Francisco Ortega kann darüber nur lachen. Ihn besorgt eher, dass zwei seiner Kinder das Land verlassen mussten.

Auch die Geschwister von Iskra Malespín haben Nicaragua verlassen. „Zwei maskierte Typen sind in unser Haus eingestiegen und haben mich gesucht, aber ich war nicht da“, berichtet die junge Frau. Seither ist sie nicht mehr zu Hause gewesen.

Malespín schrieb gerade ihre Abschlussarbeit, als die Studenten am 18. April das erste Mal auf die Straße gingen. „Am Anfang verteidigten wir uns mit unseren Kugelschreibern, später mit selbst gebauten Geschossen, die niemanden töten“, erklärt sie. Dass ihre akademische Karriere jetzt vorerst beendet ist, ist ihr egal. „Einige Kommilitonen sind gestorben, andere sind auf der Flucht und können nicht zur Uni gehen“, sagt sie selbstbewusst und schiebt ihr langes, lockiges Haar zur Seite. „Ich will nicht an einer Universität studieren, die in Blut getränkt ist.“

Iskra lebt mit 46 weiteren Kommilitonen in einem „Sicherheitshaus“ außerhalb der Stadt. Ein Gebäude, das die Polizei nicht kenne, meint sie. Sie muss jeden Schritt genau abwägen. Als Aktivistin der Studentenbewegung steht sie auf der Liste der staatlichen Häscher, von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission erhält sie Schutzmaßnahmen.

Der rege Anwalt Francisco Ortega hatte weniger Glück. Kurz nach seinem Treffen mit der taz wird er von Paramilitärs verschleppt, zusammen mit einem Mediziner. Bis Redaktionsschluss ist unklar, was mit den beiden passiert ist.

Demonstranten in Managua skandieren Parolen gegen Präsident Daniel Ortega
Foto: Arnulfo Franco/ap

„Ortega wollte eine militärische Lösung“

Wir haben klargestellt, dass es in Nicaragua eine andere Sichtweise gibt als die der Regierung, sagt Azahálea Solís vom oppositionellen Bündnis

Interview **Wolf-Dieter Vogel**

taz: Frau Solís, täglich werden in Nicaragua Menschen verhaftet, viele sind auf der Flucht. Ist die Bewegung gegen das Regime gescheitert?

Azahálea Solís: Nein, die Regierung von Daniel Ortega hat lediglich einen militärischen Sieg errungen, nicht mehr. Innerhalb der Alianza Cívica schreitet der Organisationsprozess voran. Auch finden weiterhin Demonstrationen statt. Zudem fordern Angehörige mit Mahnwachen vor Gerichtsgebäuden die Freilassung der politischen Gefangenen.

Das könnte schwierig werden, Ortega wirft ihnen die Teilnahme an einem bewaffneten Aufstand vor.

Daniel Ortega wollte eine militärische Lösung. Deshalb bezeichnet er die Oppositionellen als Putschisten und Terroristen. Tatsächlich handelt es sich um eine pazifistische, eine friedliche Bewegung. Der Präsident will nicht wahrhaben, dass es kein Zurück vor den 18. April gibt, als die Mobilisierungen begonnen haben. Das Land braucht einen kulturellen und sozialen Wiederaufbau. Nach über 400 Toten und unzähligen Menschenrechtsverletzungen ist nichts, wie es vorher war.

Aber Ortega fühlt sich stark genug, die Forderung nach Dialog zu ignorieren.

Die Regierung schadet sich mit ihrem Vorgehen vor allem selbst. Zum Beispiel wenn Polizisten und Paramilitärs willkürlich Leute festnehmen, als puren Akt der Bestrafung für deren oppositionelle Aktivitäten. Es wird immer offensichtlicher, dass die Justiz komplett von der Familie Ortega kontrolliert wird. Sie ist nicht unabhängig und erfüllt ihre Aufgabe nicht. Daniel Ortegas Glaubwürdigkeit wird dadurch zunehmend geringer.

Die Alianza Cívica setzt sich aus sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen zusammen: Studenten, Bauernverbände, Feministinnen. Ist das ein tragfähiges Bündnis, das sich gegen ein autoritäres Regime durchsetzen kann?

Die Stärke der Alianza Cívica ist, dass sie aus verschiedenen Ansätzen heraus gemeinsame politische Ziele definiert hat. Sie vertritt keine Forderungen der einzelnen Organisationen. Daniel Ortega ist davon ausgegangen, dass die gesellschaftlichen Sektoren nicht zusammenkommen. Mit der Gründung der Alianza Cívica hat er nicht gerechnet. Das fällt ihm jetzt auf die Füße.

Sie sind ziemlich optimistisch ...

Wir haben große Erfolge zu verzeichnen: Wir kommen gut miteinander voran und haben klargestellt, dass es in Nicaragua eine andere Sichtweise gibt als die der Regierung. Und wir haben eine eigene Agenda etabliert. Nun gilt es, sie durchzusetzen: die Freilassung der politischen Gefangenen, die Entwaffnung der paramilitärischen Einheiten und natürlich die Absetzung Daniel Ortegas von seinem Amt, konkret durch vorgezogene Wahlen.

Ortega wird seine Macht nicht freiwillig abgeben. Drohen bewaffnete Auseinandersetzungen?

Das ist das, was er provozieren will, aber wie gesagt handelt es sich um eine friedliche Bewegung. Nach dem Krieg gegen den Diktator Somoza in den 1970er Jahren und dem Kampf gegen die Contras in den 1980ern gibt es in der Bevölkerung eine enorme Ablehnung von Gewalt. Gerade gegen die Contras hat es viele Tote auf beiden Seiten gegeben. Niemand will noch einmal eine solche Barbarei. Auch deshalb war das brutale Vorgehen des Regimes ein großer Schock.



Azahálea Solís ist ein Mitglied des nicaraguanischen oppositionellen Bündnisses Alianza Cívica und der Autonomen Frauenbewegung (MAM).